

Aktuelle Stunde im Landtag zu den politischen Konsequenzen des Zug-Attentates von Brokstedt

„Warum ist so jemand noch hier?“

Dokumentation

Am 22. Februar 2023 fand im schleswig-holsteinischen Landtag eine Aktuelle Stunde zu den Fragen „Wer ist schuld?“ an diesem opferreichen Messerattentat im Regionalzug nahe Brokstedt am 25. Januar und: „Hätte man diese Tat verhindern können?“

Unter den Redner*innen der verschiedenen Landtagsfraktionen herrschte größtenteils Uneinigkeit darüber, in welchem Umfang hinsichtlich des mutmaßlichen Täters Versäumnisse insbesondere bei den nordrhein-westfälischen, Hamburger oder schleswig-holsteinischen Justiz und Ordnungsbehörden festzustellen und welche strukturellen Lehren zu ziehen seien. Weitgehend Einigkeit herrschte indes dahingehend, dass die Abschiebung von solchen als potenzielle Gefährder verstandenen Personen im Zweifel schnell und vorsorglich passieren muss. Nachdenkliche und weniger pauschalisierende Beiträge kamen allein aus der SPD-Fraktion und von Integrationsministerin Aminata Touré, die im Folgenden auszugsweise dokumentiert werden.

Niclas Dürbrrok, MdL der SPD, am 22.2. im Landtag: „Jedem von uns ist in den letzten Wochen die Frage begegnet: Warum ist so jemand noch hier? (...) Uns begegnet als Abgeordneten doch immer wieder dasselbe Problem: Wir schieben ganz oft offensichtlich die falschen ab. Nämlich diejenigen, die man gut zu fassen bekommt, weil sie integriert sind. Für viele dieser Menschen bringt das neue Chancenaufenthaltsrecht endlich einen Weg zum dauerhaften und sicheren Aufenthalt. (...)

Aber viel schwieriger ist es bei Menschen, die tatsächlich staatenlos sind. Kein anderer Staat ist verpflichtet, diese Menschen aufzunehmen. Und auch wenn es unangenehm ist: Bei Menschen die seit einem knappen Jahrzehnt in Deutschland sind, häufig ein großer Teil ihres Lebens, versteht man doch auch, dass sich kein anderer Staat zuständig fühlt. Diese Menschen sind hier straffällig geworden und nicht irgendwo anders. Soviel Differenzierung muss die Debatte vertragen. (...)

Aber der Weg in die Obdachlosigkeit ist grade bei solchen Menschen schon aus Sicherheitsgründen denkbar falsch. (...) Und das ist kein Kieler Problem, sondern eins für das ganze Land. Ich glaube, dass wir eine landesweite Strategie für den Umgang mit Menschen brauchen, die das System derart sprengen. Zum Beispiel in dem die Alternative zum Hausverbot der Umzug in eine kleinere Einrichtung mit ganz anderem Betreuungsschlüssel ist, in der man den Menschen auf

die Finger schauen kann. Oder indem grade in diesen Fällen die psycho-soziale Unterstützung priorisiert wird.“

Integrationsministerin Aminata Touré, Grüne, mahnte in der Landtagsdebatte einen differenzierteren Blick auf die geduldeten Geflüchteten im Land an: „Lassen Sie uns dennoch nochmal über diese Zahl 12.400, über diese 12.400 Menschen sprechen. Es war mir schon immer ein Dorn im Auge, dass diese Gruppe nicht weiter ausdifferenziert wird. Denn wenn wir einfach sagen, 12.400 Personen sind ausreisepflichtig, führt es in die Irre. Bei 10.730 Personen der 12.400 Menschen in Schleswig-Holstein ist eine Rückführung aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich: die Sicherheitslage im Herkunftsland, Reiseunfähigkeiten durch lebensbedrohliche oder schwerwiegende Krankheiten, schutzwürdige familiäre Bindungen im Bundesgebiet, fehlende Ausweisdokumente – und viele Punkte mehr.

Ich führe das auf, weil ich deutlich machen möchte, warum es so wichtig ist, die Zahlen so differenziert zu betrachten. Ja, die Zahl 12.400 hört sich anfangs hoch an. Denn sie hört sich so an, als würden wir als Rechtsstaat versagen. Aber ehrlich gesagt macht genau diese differenzierte Betrachtung deutlich, dass die Gründe viel zu vielfältig sind, um alle ausreisepflichtigen Personen über einen Kamm zu scheren. Und bei diesen ganzen Aspekten gibt es auch eine Vielzahl an Personen, die sich seit langer Zeit hier in Schleswig-Holstein aufhalten und Teil dieser Gesellschaft sind und sich nichts zu Schulden kommen lassen haben. Menschen, die hier geboren worden sind, die unsere Nachbarn sind, die hier arbeiten und für die Schleswig-Holstein das Zuhause ist, was sie kennen und lieben.“

Das Plenarprotokoll vom 22.2.2023 findet sich online: https://www.landtag.ltsh.de/export/sites/ltsh/infothek/wahl20/plenum/plenprot/2023/20-019_02-23.pdf